

P R O T O K O L L
der 402. Sitzung des Grossen Gemeinderats

| | |
|----------------------------|---|
| Datum | Dienstag, 17. September 2019 |
| Zeit | 19.30 – 20.35 Uhr |
| Ort | Aula der Schulanlage Moos |
| Anwesend Vorsitz | Grubwinkler Christa (1. Vizepräsidentin) |
| Mitglieder | Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura (ab 20.00 Uhr), Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Slongo-Millioud Anne-Claude, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel |
| Stimmenzählende | Brunner Joe, von Gunten Adrian |
| Vertreter des Gemeinderats | Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela (ab 19.55 Uhr), Wegmüller Beat |
| Sekretärin | Bühler Corina, Gemeindeschreiberin-Stv. |
| Zusätzlich anwesend | Schneider André, Geschäftsleiter gbm (zu Trakt. 2) Berger Heinz, Finances Publiques AG (zu Trakt. 2) |
| Entschuldigt abwesend | GGR: Aebersold Jürg, Brenni Gino, Kohler Andreas GR: Künzi-Egli Barbara Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin |
| Protokoll | Koch Anni (ehemalige Gemeindeschreiberin-Stv.) |

Geschäfte

6

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 27. August 2019 | 379 |
| 2. | Gemeindebetriebe Muri (gbm) – Wasserversorgung Anstaltsreglement gbm; Änderung im Hinblick auf den Beitritt der gbm zum Wasserverbund Region Bern AG Übertragung der Grundstücke und Werke gbm von der Einwohnergemeinde Muri b. Bern an die gbm | 380 |
| 3. | Motion forum: "Gring abe u seckle" – Gratis Start für Kinder am Murilauf | 387 |
| 4. | Postulat forum betr. (noch) mehr Nachhaltigkeit in Alters- und Pflegeinstitutionen | 388 |
| 5. | Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen | 391 |
| 6. | Neue parlamentarische Vorstösse | 391 |

Die Vorsitzende: Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, anstelle von Andreas Kohler begrüsse ich Sie zur 402. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ebenfalls begrüsse ich die Mitglieder des Gemeinderats, die Berichterstatter der Medien und unsere Gäste. Die Sitzung ist eröffnet.

Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend und wir sind somit beschlussfähig. Aus der Verwaltung ist André Schneider, Geschäftsleiter gbm, zu Traktandum 2 anwesend.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 27. August 2019

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

**2. Gemeindebetriebe Muri (gbm) – Wasserversorgung
Anstaltsreglement gbm; Änderung im Hinblick auf den Beitritt der gbm zum
Wasserverbund Region Bern AG
Übertragung der Grundstücke und Werke gbm von der Einwohnergemeinde
Muri b. Bern an die gbm**

Die Vorsitzende: Für allfällige Auskünfte steht André Schneider, Geschäftsleiter gbm, zur Verfügung. Ebenfalls begrüsse ich zu diesem Traktandum Heinz Berger, Finances Publiques AG. Er hat den Prozess in finanziellen Aspekten begleitet und steht bei allfälligen Fragen auch zur Verfügung. Ich weise noch darauf hin, dass am 9. September 2019 eine Informationsveranstaltung für die Parlamentarier stattgefunden hat, anlässlich welcher die Ratsmitglieder Gelegenheit hatten, sich betreffend Beitritt gbm zum Wasserverbund Region Bern vorzuinformieren und ihre Fragen zum Geschäft zu stellen. An der Informationsveranstaltung haben 6 Parlamentsmitglieder teilgenommen.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Bernhard Häuselmann: Das Geschäft ist nicht neu – den letzten parlamentarischen Vorstoss dazu gab es 2012 – und es hat, wie jeder Beitritt in eine Partnerschaft, eine grosse strategische Bedeutung. Deshalb hat sich auch die GPK intensiv Zeit genommen. Wir konnten Thomas Hanke, André Schneider und Matthias Prüssing "löchern", so dass wir am Schluss davon überzeugt waren, dass das Geschäft gut und der Zeitpunkt für eine erneute Behandlung richtig ist. Wir erhielten wirklich auf alle Fragen gute Antworten. Besonders interessiert wegen der strategischen Bedeutung hat uns, ob die Optionen auch genügend breit behandelt worden sind und eine vertiefte Überprüfung der Machbarkeit vorliegt. Die GPK ist schliesslich einstimmig zum Schluss gekommen, dass auf das Geschäft eingetreten werden kann, dass es sich um eine ausgewogene Lösung handelt, die beantragt wird, und die Wasserversorgung vermutlich für mehrere Generationen auf ein sicheres Fundament gestellt wird. Die GPK bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Markus Bärtschi: Mit dem Geschäft stellt der GR zwei Anträge:

1. Die Anpassung des Anstaltsreglements (in der abschliessenden Kompetenz GGR), und
2. Die Übertragung der Grundstücke im Aufgabenbereich der gbm von der Einwohnergemeinde an die gbm (als Vorlage zuhanden der Urnenabstimmung)

Die beiden Anträge umfassen die Vorbereitungsarbeiten zum Beitritt der gbm zum Wasserverbund Region Bern, welchen der Verwaltungsrat der gbm bei einer Annahme der beiden Anträge vollziehen wird. Die vorgängig schriftlich eingegangenen Fragen haben wir beantwortet. Sollten weitere Fragen auftauchen, würden wir uns selbstverständlich bemühen, diese spontan zu beantworten, soweit dies möglich ist.

Inhaltlich geht es darum, die Verantwortlichkeit für die primäre Wasserversorgung (Gewinnung, Transport und Speicherung von Trinkwasser) an den Verbund abzutreten, während die sekundäre Wasserversorgung (Netz zur Feinverteilung und Wasserabgabe an die Haushalte und Betriebe) davon nicht betroffen ist und in den Händen der gbm bleibt. Die Anlagen der Primärversorgung werden im Baurecht von den gbm an den Wasserverbund Region Bern übertragen und die gbm beteiligt sich am Aktienkapital der WVRB AG. Die Gemeindebetriebe haben in den vergangenen vier Jahren intensiv mit dem WVRB verhandelt, sowohl im Hinblick auf den fortgesetzten Alleingang wie auch im Hinblick auf den Beitritt. Die Ausgangslage präsentiert sich so, dass der Kanton seine Finanzierungsstrategie für die primäre

Wasserversorgung dahingehend angepasst hat, dass Anreize zur Regionalisierung bestehen; er macht konkret seine finanzielle Beteiligung an den künftigen Investitionen in diesem Bereich davon abhängig. Bei einem fortgesetzten Alleingang müssten wir künftig auf substanzielle Kantonsbeiträge an die Infrastruktur von der Wasserversorgung verzichten.

Die Wasserversorgung auf dem Gemeindegebiet hat zwei Schwachstellen: Erstens ist unsere Trinkwasserfassung in der Wehrliau gemessen an den Bedürfnissen der Gemeinde mehrfach überdimensioniert, die Konzession lautet auf rund 65'000 Einwohnergleichwerte. Die Dimensionierung ist Bestandteil der Konzession und kann nicht abgeändert werden. Der WVRB ist aber auf unseren Überschuss nicht angewiesen, weil er selber über genügend Wasser verfügt, also bleibt unsere Wasserrechnung auf den zu hohen Kosten und dem Risiko künftiger Investitionen allein sitzen. Umgekehrt sind wir aus Gründen der Versorgungssicherheit neuerdings gehalten, Wasser aus zwei hydrologisch voneinander unabhängigen Quellen vorzuhalten, um den mittleren Tagesbedarf auch bei einem Ausfall unserer Fassung Wehrliau decken zu können. Da das ganze Gemeindegebiet im Aaretal liegt, können wir diese Anforderung nicht aus eigener Kraft erfüllen, selbst wenn wir das Geld für einen weiteren Ausbau von unserer jetzt schon überdimensionierten Infrastruktur aufbringen wollten. Die geforderte Redundanz können wir nur durch den Einkauf von auswärtigem Wasser aus entfernteren Quellen erreichen.

Mit dem Beitritt der Gemeinden Allmendingen, Rubigen und Worb auf den 1. Januar 2019 hat sich der Ring um die Gemeinde Muri geschlossen; ich verweise auf die grün-blaue Grafik auf Seite 3 der Botschaft. Dazu muss man wissen, dass die Aare für den Leitungsbau aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen ein grosses Hindernis darstellt. Wasser aus einer zweiten Geländekammer können wir seither nur noch vom WVRB beziehen, welcher uns die Konditionen diktieren könnte. Wir müssten dabei nicht nur im Notfall für effektiv bezogenes Wasser, sondern ständig für das Vorhalten der Kapazität bezahlen, auch wenn wir kein Wasser beziehen. Die Änderung der Finanzierungsstrategie des Kantons wie auch der Ringschluss um uns herum sind Ereignisse jüngeren Datums. Beide Problemkreise des Alleingangs, sowohl die Überdimensionierung als auch die Versorgungssicherheit – und die damit verbundenen finanziellen Risiken für die Zukunft –, fallen bei einem Beitritt zum Wasserverbund Region Bern weg.

Die Gemeindebetriebe haben in den mehrjährigen Verhandlungen das bestmögliche Ergebnis erzielt. Im Gegensatz zu den anderen Verbundgemeinden treten wir die Grundstücke lediglich im Baurecht ab, und wir haben uns einen Sitz im Ausschuss des Verwaltungsrats zusichern lassen. Der Gesamt-Verwaltungsrat wird von je einem Vertreter aller Verbandsgemeinden gebildet – mit uns dann 17 –, die strategische Arbeit wird im Ausschuss vorbereitet und es ist entscheidend, dort Einsitz zu haben. Der WVRB versorgt rund eine Viertelmillion Einwohner in der Region Bern mit Trinkwasser, wir setzen uns also bildlich gesprochen in ein starkes Boot. Die Leistungserbringung erfolgt professioneller und effizienter, als wenn sechzehn bzw. mit uns siebzehn Gemeinden diese Aufgabe je für sich lösen. Das zeigt sich einerseits daran, dass die Kosten leicht tiefer werden, aber auch die Qualität der Wasserversorgung wird durch häufigere Kontrollen und viel mehr Handlungsmöglichkeiten bei festgestellten Problemen verbessert. Der Bereich der Wasserversorgung ist gesetzlich engmaschig geregelt. Sowohl der von uns aufgegebenen Handlungsspielraum, als auch die Möglichkeiten des WVRB nach einem Beitritt, sind objektiv nicht gross. Aufgrund der finanzrechtlichen Vorgaben mit der Spezialfinanzierung dieses Bereichs, mit eigenen engen Regeln, gilt das auch für die finanzielle Seite des Geschäfts. Diese spielt sich innerhalb der Spezialfinanzierung Wasserversorgung ab, der Nettoerlös für die Abtretungen, soweit er nicht für die Übernahme der Aktien verwendet bzw. an die Gemeinde Worb für deren

Mitfinanzierung an übertragenen Anlagen ausbezahlt wird, bleibt zweckgebunden im Gebührensystem und der Erlös berechnet sich aus der Summe der Buchwerte der übertragenen Anlagen.

Es geht also beim Beitritt zum WVRB nicht darum, "ein Geschäft zu machen"; die Rechnung der Einwohnergemeinde bleibt davon unberührt. Auch die in Aussicht genommene Gebührensenkung soll primär aufzeigen, dass es tendenziell günstiger wird, ohne dass darin für sich allein genommen eine genügende Motivation für den Beitritt liegen sollte; dafür sind die Auswirkungen auf die Haushalte zu gering. Der Beitritt ist nicht eine Herzensangelegenheit, welche mit Begeisterung vorgeschlagen wird, sondern ein Gebot der Vernunft. Die Fortsetzung des Alleingangs würde die regelmässigen Kosten erhöhen und auch das Risiko für unvorhergesehene Ausgaben in einem unverantwortlichen Ausmass bei unseren Einwohnerinnen und Einwohnern belassen. Demgegenüber verzichten wir objektiv lediglich auf geringe tatsächliche Möglichkeiten zur Einflussnahme in diesem stark reglementierten Bereich. Wir haben entsprechende Erfahrungen mit dem Abwasser gemacht, wo die Hauptkomponenten, insbesondere die ARA, im Gemeindeverband betrieben werden und niemand möchte dort zum Alleingang zurück. Ein W-EXIT ist grundsätzlich möglich, entsprechende Klauseln zur Rückabwicklung des Beitritts sind vorhanden und die Gemeinde Belp hat vordemonstriert, dass ein Austritt möglich ist. Man muss aber ehrlicherweise auch sagen, dass die Gründe, die uns jetzt den Beitritt nahelegen, später auch gegen einen Austritt sprechen werden und dies ein Schritt ist, den man sich gut überlegen muss, bevor man ihn macht.

Mit den vorgeschlagenen Anpassungen im Anstaltsreglement gemäss Antrag 7A wird die gesetzliche Grundlage für den Beitritt geschaffen. Mit der Übertragung der zur Aufgabenerfüllung benötigten Grundstücke gemäss Antrag 7B von der Einwohnergemeinde an die Gemeindebetriebe wird nachgeholt, was bereits bei der Schaffung der autonomen Anstalt gbm im Jahre 1997 vorgesehen, aber seither nicht vollzogen wurde. Die Gründe dafür liegen nicht in einem bewussten Entscheid, es bestand bislang keine sachliche Notwendigkeit. Dieser Pendenz wurde keine hohe Bedeutung zugemessen und die Ressourcen wurden anderweitig eingesetzt. Dabei geht es nicht nur – aber auch – um die Grundstücke der primären Wasserversorgung, so dass dieser Entscheid die faktische Grundlage für den beabsichtigten Beitritt ist. Die Übertragung der Grundstücke aus dem Verwaltungsvermögen der Gemeinde in das Anstaltsvermögen der gbm erfolgt finanzneutral. Die Option, die Grundstücke der primären Wasserversorgung direkt von der Gemeinde an die WVRB übertragen zu lassen, wurde nicht weiterverfolgt. Der Beitritt erfolgt stufengerecht durch die gbm, welche davor von der Gemeinde mit der Mitgift ausgestattet werden. Alle vertraglichen und öffentlich-rechtlichen Beziehungen betreffend die primäre Wasserversorgung werden ohne Beteiligung der Einwohnergemeinde zwischen gbm und WVRB bestehen, und auch die vorbehaltenen Rückfalls- bzw. Rückübernahmerechte bei einem allfälligen späteren Austritt aus dem Verbund bestehen dann sachgerecht zu Gunsten der gbm. Die zusätzlichen Kosten einer zweiten Handänderungsurkunde – nach der Übertragung von der Gemeinde an die gbm, einen Teil weiterzugeben an den WVRB – sind diesen Vorteilen gegenüber vernachlässigbar.

Das zuständige Amt für Gemeinden und Raumordnung hat sich in der Vorprüfung dafür ausgesprochen, dass dieser Entscheid in die Kompetenz der Stimmberechtigten fällt, weil bei der Errichtung der Anstalt noch nicht absehbar war, dass eine Weiterübertragung (in casu an die WVRB AG) erfolgen könnte. Hingegen falle der Entscheid über den Beitritt nach Vorliegen der gesetzlichen und faktischen Voraussetzungen in die abschliessende Kompetenz der Gemeindebetriebe. Sie, und nach Ihnen wir alle an der Urne, beschliessen somit nur indirekt über den Beitritt zum WVRB. Wird das Reglement geändert und werden die betriebsnotwendigen Grundstücke aller Aufgabenbereiche an die gbm übertragen, so hat der Ver-

waltungsrat gbm seine Absichten offengelegt; er wird dem Wasserverbund Region Bern beitreten und die Anlagen der primären Wasserversorgung an die WVRB AG übertragen.

Der Gemeinderat ist zur Auffassung gelangt, dass der Verwaltungsrat gbm seine Aufgaben richtig erfüllt hat, dass ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis vorliegt. Der beabsichtigte Beitritt liegt im Interesse unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Aus diesem Anlass ist gleichzeitig die bislang hinausgeschobene grundbuchliche Übertragung der Betriebsgrundstücke an die gbm nachzuholen. Entsprechend beantragt der GR die Zustimmung zur Änderung des Anstaltsreglements der Gemeindebetriebe gemäss Ziffer 7A der Botschaft, sowie die Unterbreitung der beiden Ziffern des Antrags 7B an die Stimmberechtigten.

Das Eintreten auf das Geschäft wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende: Wir kommen zur Beratung und ich schlage folgendes Vorgehen vor: Zuerst die Fraktionserklärungen über das gesamte Geschäft, danach Detailberatung des Antrags 7A bzw. artikelweise Durchberatung der Art. 3, 6 und 6a des Anstaltsreglements der gbm. Über allfällige Abänderungsanträge des Reglements wird unter dem jeweiligen Artikel diskutiert und abgestimmt. Anschliessend Detailberatung des Antrags 7B zur Übertragung der Grundstücke der Werke gbm von der Einwohnergemeinde Muri bei Bern an die gbm und weitere Wortmeldungen. Im Anschluss der Behandlung der Anträge 7A und 7B erfolgt eine separate Beschlussfassung.

Fraktionserklärungen:

Walter Thut (forum): Bereits im ersten Absatz der Schilderung der Ausgangslage wird klar, dass Muri seine Wasserversorgung dem Wasserverbund Region Bern anvertrauen soll. Und bei dieser Gelegenheit macht der Gemeinderat, unterstützt von den gbm, gleich auch noch Tempo. Dies ist nicht selbstverständlich; wenn man die Geschichte dieses Traktandums anschaut weiss man, dass es schon etwas dauert. Nicht unsere Wasserressourcen sind der Anlass: Muri hätte nämlich Wasser für fünf Mal so viele Menschen, als jetzt in der Gemeinde leben. Auch ist das primäre Wassersystem in einem guten Zustand. Der Klimawandel, mögliche grosse Schadenereignisse an der Aare – die unsere Hauptquelle für Wasser in Gefahr bringen können –, drängen den Gemeinderat zur Vernetzung mit Nachbargemeinden bei der Beschaffung von Wasser. Das könnte man jedenfalls annehmen. In der Botschaft zum Geschäft ist die Rede von "künftiger nachhaltiger Entwicklung"; der Terminus ist sicher richtig und man kann auch ganz viel hineinpacken, auch das, was ich vorher gemutmasst habe; dies soll keine Kritik sein, sondern eine Randbemerkung. Die Risiken würden kleiner, heisst es in der Botschaft, und die Synergien bei der Bewirtschaftung grösser. Für wen dies nicht bereits Gründe genug sind, wird vielleicht zustimmen, wenn er hört, dass das Wasser billiger wird. Zudem lässt der Kanton – wie Gemeinderat Markus Bärtschi bereits erwähnt hat – in Angelegenheiten rund ums Wasser die Gemeinde Muri derzeit links liegen. Mit dem Beitritt zum Wasserverbund aber würde die Gemeinde an den Mitteln des Kantons partizipieren. Es gibt also eine ganze Reihe materieller Gründe für den Beitritt zum WVRB. Die forum-Fraktion wird den Antrag des Gemeinderats deshalb unterstützen.

Das Einbringen der Primäranlagen in das Vermögen des WVRB könnte auch als Verlust der Autonomie empfunden werden. Man könnte sogar so weit gehen und sagen, dass hier Tafelsilber weggeht. Dies ist nachvollziehbar und diese Gefühle waren möglicherweise in der Vergangenheit ausschlaggebend dafür, dass wir als letzte Gemeinde rechts der Aare den Beitritt zum Zweckverband – den es seit 45 Jahren gibt – prüfen. Wie eingangs erwähnt: Wenn man die Geschichte anschaut, haben wir uns lange Zeit genommen; jetzt soll es vorwärts gehen. Bei einem Beitritt

hätten wir statt Wasser für 65'000 Menschen künftig eine 5,48 %-Beteiligung an einem Wasserverbund von 17 Gemeinden. Dies ist kaufmännisch gesehen ein geringer Anteil und suggeriert, wir könnten hier von anderen abhängig sein. Diese Abhängigkeit könnte man auch als Solidarität sehen. Aber darum geht es bei diesem Geschäft nicht. Muri liesse sich in dieser Sache mit einem öffentlich-rechtlichen Partner ein, nicht mit einem privaten, und würde sich also nicht verkaufen. Dies wären die ideellen Gründe für eine Partizipation.

Die forum-Fraktion trägt dieses Geschäft im Sinn des gemeinderätlichen Vorschlags mit, auch weil sich wieder einmal ein Kreis schliesst. 2010 wurde aus forum-nahen Kreisen eine Interpellation eingereicht und das Geschäft hat sich so weiterentwickelt, dass 2012 sogar eine Motion auf dem Tisch lag. Damals schien die Zeit nicht reif zu sein und das Geschäft erlitt jämmerlichen Schiffbruch. Wir freuen uns, wenn der Gemeinderat und hoffentlich andere Fraktionen im Rat unsere Meinung – diejenige von damals und diejenige von heute – teilen. Und wir hoffen natürlich auch, dass der Souverän der Übertragung von Grundbesitz und anderen Vermögenswerten von der Gemeinde an die gbm zustimmt. Vom forum zu hören, dass vom vielen Geld, von welchem wir in den Unterlagen des Gemeinderats lasen, einiges für klimarelevante Wasserprojekte verwendet werden soll, erstaunt wohl auch nicht.

Raphael Racine (SP): Wir von der SP haben pro und contra der gemeinderätlichen Botschaft abgewogen und dann gemerkt, dass wir nur pro-Argumente gefunden haben und wir werden deshalb den Anträgen des Gemeinderats Folge leisten. Erstens haben wir etwas Mühe mit dem "Gärtli-Denken". Wir sind der Meinung, dass Wasserversorgung eine regionale Aufgabe ist. Wir haben hier Wasser für 65'000 Menschen und haben nur 13'000 Einwohner. Ich wiederhole hier einige Argumente von Markus Bärtschi, wobei ich nicht ganz so in die Tiefe gehe. Das Votum von Markus Bärtschi hätte fast eine SP-Fraktionserklärung sein können, mit andern Worten: Die von ihm vorgebrachten Argumente überzeugen uns voll und ganz. Wenn wir zum Beispiel den Alleingang machen, so sind wir eben nicht unabhängig. Unsere Gemeinde braucht Versorgungssicherheit, braucht eine zweite Quelle und muss daher so oder so einen Vertrag mit dem WVRB eingehen; dies zu Konditionen, die wir nicht alleine bestimmen können. Damit würden wir etwas erpressbar. Wir wissen auch nicht, ob die überregionale Wasserstrategie nicht plötzlich von der Wehrliau weggeht. Dann könnte es sein, dass wir auf dem Pumpwerk für 65'000 Menschen sitzen bleiben, was ein finanzielles Risiko bedeutet. Die SP-Fraktion denkt, dass mit dem Beitritt zu diesem Verbund das finanzielle Risiko auf mehrere Schultern verteilt werden kann.

Ein Argument, welches uns auch überzeugt hat – es geht ein wenig in Richtung Tafelsilber verscherbeln –, ist folgendes: Das AWA, Amt für Wasser und Abfall, unterstützt nur Wasserprojekte, die in einem nachhaltigen und regionalen Kontext stehen. Gemäss unseren Informationen beläuft sich der Betrag, den wir verlieren, wenn wir nicht dem Wasserverbund beitreten, auf jährlich zwischen CHF 150'000.00 und CHF 300'000.00. Damit kann man einiges Tafelsilber wieder kaufen. Wenn die gbm als Vollversorger und mit dieser Mitgift in die WVRB eintritt, ist sie ein starker Player und wird im entscheidenden Gremium, in diesem Verwaltungsratsausschuss, Einsitz nehmen können. Aufgrund des know hows und der eingebrachten Infrastruktur können die gbm bei der Strategie dieses regionalen Wasserverbunds auch mitgestalten.

Wir haben also keine Gegenargumente, sondern nur pro-Argumente gefunden. Nur ein kleiner Kritikpunkt vom Prozess her: Uns wurde nicht ganz klar, wieso ein derart wichtiges Geschäft nicht zuerst einer Fachkommission – ich denke da an die Umweltschutzkommission – unterbreitet worden ist. Es wurde zwar der GPK vorgelegt und wir wissen, dass es sehr intelligente Leute in dieser GPK hat, aber es

sind keine Fachpersonen. Es bestand zwar keine rechtliche Notwendigkeit, aber man hätte das Geschäft trotzdem vorgängig einer Fachkommission unterbreiten können.

Reto Lauper (SVP): Im vorliegenden Geschäft könnte man auf den ersten Blick meinen, die Gemeinde verliere beim wichtigen und emotionalen Thema "Wasserversorgung" eine gewisse Selbständigkeit und gäbe ihre Autonomie ab. In unserer Fraktion auf jeden Fall läuteten zu Beginn der Auseinandersetzung mit dem Thema naturgemäss gleich die Alarmglocken. Nach guten Diskussionen mit verschiedenen Akteuren und auch dank den sachlichen, detaillierten und gut verständlichen Informationen seitens gbm und Gemeinderat bekommt man aber recht schnell eine andere Sichtweise. Jeder, der heute Abend dossiersicher im Rat sitzt, erkennt die Effizienzsteigerung, die Behebung von Redundanzen und das Überwiegen des Positiven und wird dem hier gestellten Antrag wohlwollend gegenüberstehen. Die professionelle Aufgleisung dieses politischen Geschäfts überzeugt, die Verhandlungen des Gemeinderats mit dem WVRB verliefen positiv und man fand einen auf Vernunft in allen Belangen basierenden guten Deal.

Dank den vorhergehenden Informationsveranstaltungen und auch dank der transparenten Beantwortung der noch offenen Fragen liegen alle relevanten Facts geklärt auf dem Tisch. Ich halte meine Meldung traditionell sachlich und kurz und ich verzichte deshalb darauf, alle bekannten Facts und Argumente erneut aufzuzählen und zu nennen. Hier wird nämlich nicht Wasser gepredigt und Wein getrunken. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft so zustimmen.

Daniel Arn (FDP): Für die FDP standen zwei Stichworte im Vordergrund: Die Versorgungssicherheit für Muri-Gümligen und die zukünftige Finanzierung. Wir konnten zweimal einen Haken setzen und dies ganz klar mit ja beantworten. Der Kanton stellt Spielregeln auf, an gewissen Orten ist man auch eingeschränkt und es soll auch so sein. So wie vorhin gehört ist es nicht nur unser Gut, sondern wir sollen im Verbund funktionieren; deshalb dieser Wasserverbund. Es handelt sich auch nicht wirklich um Tafelsilber, so überall veräussern können wir dieses nicht; auch hier sind wir sehr eingeschränkt. Nachdem die FDP zweimal einen Haken setzen konnte, war es absolut klar, dass wir dem Geschäft zustimmen. Wir wollen die Sicherheit und auch die zukünftige Finanzierung. Wenn dann für uns noch etwas abfällt, umso besser; dann ist dies ein gutes Zeichen. Wie früher schon das forum oder forum-nahe Kreise, ist auch die FDP im Oktober/November 2017 schon einmal aktiv geworden und hat gesagt, aufgrund der Sicherheit sollte man – als vorausschauende Planung und nicht etwa wegen dem Aareweg – das Geschäft wieder an die Hand nehmen und vorwärts machen. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Carole Klopstein (Grüne): Zuallererst möchten wir dem Gemeinderat für die vielen Informationen zu diesem Traktandum sowie die Möglichkeit einer Partizipation am Infoabend danken. Auch wenn von uns leider niemand anwesend sein konnte, hat uns das danach zugeschickte Material viel geholfen und wir schätzen dies sehr. In Zeiten des Klimawandels gibt es viele zentrale Probleme, die gelöst werden müssen und die Grünen Muri-Gümligen sehen absolut ein, dass zu Gunsten einer hohen Versorgungssicherheit die Zusammenarbeit mit entsprechenden Institutionen auch überregional gesucht wird. Dies widerspiegelt einerseits einen schweizweiten Trend und entspricht andererseits dem Grundsatz der Grünen, dass staatliche Synergien intensiver genutzt werden sollen. Dass ein solcher Zusammenschluss neben vielen anderen Bereichen auch die Wasserversorgung betrifft, ist aufgrund der zu erwartenden vermehrten Dürre- und Hitzeperioden in unseren Augen mehr als klar und auch sinnvoll. Wir teilen die Meinungen der anderen Fraktionen und auch die bereits erwähnten Argumente. Ich hatte diese ebenfalls vorbereitet, werde sie jetzt aber nicht noch einmal vortragen. Wir schätzen das Geschäft als transparent und schlüssig ein und werden uns in diesem Sinne für einen Beitritt in den Wasserverbund Region Bern

AG aussprechen. Wir befürworten indes auch die Übergabe aller Versorgungsanlagen und Vermögenswerte im vorgeschlagenen zweistufigen Verfahren.

Detailberatung:

Antrag 7A betreffend Anstaltsreglement gbm; Änderung im Hinblick auf den Beitritt gbm zum Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

Art. 3 – Anstaltsvermögen
Keine Wortmeldungen

Art. 6 – Versorgungs- und Entsorgungspflicht
Keine Wortmeldungen

Art. 6a – Versorgungsanlagen, Übertragung von Aufgaben
Keine Wortmeldungen

Antrag 7B Übertragung der Grundstücke Werke gbm von Einwohnergemeinde Muri bei Bern an gbm

Keine Wortmeldungen

Das Schlusswort wird von Bernhard Häuselmann nicht verlangt.

Markus Bärtschi (GR): Ich möchte noch zwei Sachen aufnehmen: Einerseits was Raphael Racine in Bezug auf die Möglichkeit, später Tafelsilber zu kaufen, gesagt hat und andererseits, was Walter Thut bezüglich Finanzierung von alternativen Projekten im Bereich Wasser gesagt hat. Ich möchte darauf hinweisen, was Spezialfinanzierung bedeutet. Es handelt sich um einen geschlossenen Kreis, der einzige Zufluss erfolgt über die Gebühren. Das System ist so, dass langfristig nur über die Gebührenhöhe beeinflusst werden kann, dass die Kasse ausgeglichen ist. Alle Einnahmen, alle Ausgaben, gehen darüber. Wenn man die Zweckbestimmung erweitern wollte, müsste dies über kantonales Recht getan werden. Ich schliesse nicht aus, dass die Entwicklung in diese Richtung gehen wird. Die Gemeinde ist aber nicht in der Lage, den Rahmen zu sprengen; es handelt sich um kantonale Vorgaben. Entsprechend können wir auch nicht Tafelsilber aufbauen, da dies eben in diesem geschlossenen Kreislauf bleibt. Wenn wir darin mehr Geld haben, senken wir die Gebühren, wenn wir darin zu wenig Geld haben, erhöhen wir die Gebühren. Wasserversorgung kann auch nicht verarmen; wenn ganz ausserordentliche Ausgaben anstehen, müssen einfach die Gebühren so hoch angesetzt werden, dass sie gedeckt sind.

Beschluss (einstimmig)

A) Anstaltsreglement gbm; Änderung im Hinblick auf den Beitritt der gbm zum Wasserverbund Region Bern AG

Vorbehältlich der Zustimmung der Stimmberechtigten gemäss Beschlussesziffer B werden folgende Änderungen des Anstaltsreglements beschlossen:

- Art. 3 Anstaltsvermögen
- Art. 6 Versorgungs- und Entsorgungspflicht
- Art. 6a Versorgungsanlagen, Übertragung von Aufgaben

B) Übertragung der Grundstücke und Werke gbm von der Einwohnergemeinde Muri bei Bern an die gbm

Zuhanden der Volksabstimmung wird mit 37 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen folgender Beschluss gefasst:

1. Die Gemeinde überträgt den Gemeindebetrieben Muri bei Bern (GB) alle Versorgungsanlagen, Grundstücke und weiteren Vermögenswerte, welche die Gemeindebetriebe zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen, zu Eigentum, soweit dies nicht bereits erfolgt ist.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt. Er wird insbesondere beauftragt, die für die Übertragung von Grundstücken erforderlichen Vorkehren zu treffen.

3. **Motion forum: "Gring abe u seckle" – Gratis Start für Kinder am Murilauf**

Beat Wegmüller verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Für die forum-Fraktion spricht Patricia Messerli: Ich bin mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat einverstanden. Ich danke dem Gemeinderat für die bereits erfolgten Abklärungen und die ausführliche Antwort. Dieser Antwort entnehme ich mehrere positive Signale:

- Der Gemeinderat begrüsst es, dass sich mehr Klassen beim Murilauf beteiligen sollen. Ich habe heute nachgeschaut, wir haben in der Unterstufe 34 Klassen, Gemäss Antwort des Gemeinderats haben sich 17 beteiligt, dies entspricht guten 50 %. Allerdings sehe ich da schon auch noch gewisses Steigerungspotenzial.
- Positiv ist aber auch, dass der Organisator, d.h. der Dorfverein, einer Teilnahme von mehr Klassen positiv entgegenseht, vorausgesetzt natürlich, sie melden sich nicht einzeln, sondern mittels des Sammelsystems der Schule an. Es war auch nie im Sinne meiner Motion, dass die Kinder sich direkt anmelden müssten. Dies würde einen zusätzlichen administrativen Aufwand bedeuten.
- Es stimmt, die Teilnahme im Klassenverband trägt zum positiven Erlebnis für die Schulkinder bei. Und in Gruppen rennt es sich einfacher als alleine. Ich bin daher offen für pragmatische Lösungen. Die vorgeschlagene Lösung via Gerber-Sport scheint mir eine gute zu sein. Man muss nur darauf achten, dass sie dann gerade für untrainierte Kinder nicht abschreckend wirkt. Meines Erachtens könnten die Schulen auch darauf hinwirken, dass beispielsweise Eltern interessierte Klassen oder interessierte Kinder der Klassen trainieren und dann die Schule eine Sammelanmeldung macht. Beim Schüler-Cup funktioniert das Coaching und Training durch die Eltern ausgezeichnet, man könnte ja ein ähnliches Verfahren wählen.
- Wenn ich das richtig interpretiere, dann wäre es für den Dorfverein am einfachsten, wenn sich alle teilnehmenden Schulkinder via "Murilauf-Moves" anmelden würden, denn die direkte Anmeldung ist ja gemäss Antwort des Dorfvereins eher eine Härtefallregelung. Wahrscheinlich wäre dem Dorfverein sogar gedient, wenn so viele Unterstufenkinder wie möglich gesammelt angemeldet würden. Insofern könnte ich mir da wirklich auch ein stärkeres Engagement von Seiten der Schule vorstellen und ich bitte die Schulverwaltung resp. Stephan Lack, zu prüfen, ob man da eine Lösung finden könnte, wie man allenfalls auch bei den Lehrern eine höhere Beteiligung von Schulklassen erreichen könnte. Wenn sich dann wirklich mehr als 25 Kinder separat via Gerber-Sport anmelden sollten, finden wir sicher noch eine Lösung. Meines Wissens nimmt Stephan Lack jeweils auch am Murilauf teil und ich schlage vor, dass er als Ressortchef Bildung als gutes Vorbild vorangeht und nächstes Jahr eine Laufgruppe übernimmt.

- Und nicht zuletzt möchte ich natürlich dem Dorfverein für sein Engagement bei der Organisation des Murilaufs danken. Ich weiss, welcher Aufwand mit der Organisation eines solchen Anlasses verbunden ist und es klappt immer alles tiptopp!

Fraktionserklärungen:

Eva Schmid (SP): Wir hätten selbstverständlich auch einer Motion zugestimmt, finden den Vorstoss aber auch sinnvoll als Postulat, zumal wir die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung als sehr pragmatisch und gangbar erachten. Ich fand interessant, was Patricia Messerli über Kinder, die vielleicht nicht so trainiert sind, gesagt hat. Dies wäre auch ein Aspekt, um darüber nachzudenken. Aber wir stimmen dem Antrag zu, finden den Vorstoss eine gute Sache und auch wir bedanken uns beim Dorfverein.

Lorenz Held (FDP): Die FDP Fraktion hat den „Gring“ hoch gehalten und die Motion des forums eingehend besprochen. Niemand kann gegen die Förderung von Sport und Bewegung unseres Nachwuchses sein. Die Förderung soll allerdings nachhaltig erfolgen und dazu gehört beim Laufsport nun einmal die gute und richtige Vorbereitung, das richtige Training und die passende Ernährung. Das Angebot des Dorfvereins für eine zusätzliche Laufklasse leuchtet ein und ist ein ausgezeichneter Weg zur vermehrten Teilnahme von jungen Murigerinnen und Murigern. Die FDP Fraktion schliesst sich dem Antrag des Gemeinderates deshalb einstimmig an. An dieser Stelle wollen wir dreimal Danke sagen: Erstens danken wir dem Dorfverein Muri-Gümligen, welcher seit vielen Jahren diesen wichtigen Sportevent unermüdlich organisiert und den Lauf weitherum bekannt gemacht hat. Zweitens danken wir Markus Gerber für seine Bereitschaft, eine zusätzliche „Läuferklasse“ anzubieten; dies ist nicht selbstverständlich. Und drittens danken wir denjenigen Lehrerinnen und Lehrern, welche seit vielen Jahren ihre Schülerinnen und Schüler zum Laufsport animieren. Ich durfte dies bei meinen eigenen Kindern erleben; wir sind keine Läuferfamilie, aber alle drei haben x-Mal an diesen Läufen teilgenommen und ich weiss, wie wichtig eine sorgfältige Vorbereitung bei den Ungeübten ist.

Abschliessen möchten wir mit dem Appell an die anderen 17 Lehrer und Lehrerinnen, die noch nicht an „Murilauf-Moves“ teilnehmen, es ihren Kolleginnen und Kollegen gleichzutun und ihre Klassen in dieses einmalige Programm zu begleiten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Patricia Messerli verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum: "Gring abe u seckle" – Gratis Start für Kinder am Murilauf wird überwiesen.

4. Postulat forum betr. (noch) mehr Nachhaltigkeit in Alters- und Pflegeinstitutionen

Martin Häusermann verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Für die forum-Fraktion spricht Gabriele Siegenthaler Muinde: Wir danken dem Gemeinderat für die vorliegende Antwort. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen, allerdings mit relativ wenig Enthusiasmus. Weshalb? Einerseits finden wir es schön, dass die zwei antwortenden Institutionen sagen, dass sie im Bereich Nachhaltigkeit bereits relativ viel machen. Dies haben wir ja auch gehofft und

vermutet, deshalb lautet der Titel dieses Postulats "**(noch)** mehr Nachhaltigkeit ...". Dann kommt jedoch ein Aber. Dies, weil wir als Gesellschaft erst gerade angefangen haben, uns über Nachhaltigkeit Gedanken zu machen. Wir kratzen sozusagen an der Oberfläche und es ist noch sehr viel Potenzial vorhanden, um überhaupt zu merken – und umzusetzen –, was Nachhaltigkeit alles bedeuten kann. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, wo wir zum Teil Sachen herausfinden, die uns heute noch gar nicht klar sind und Lösungen finden, die heute noch nicht gefunden sind. Sprich: Ein Thema, an welches man mit offenen Augen herangehen muss, wo man sich immer wieder in Frage stellen muss, weiter denken, neu denken muss. Man kann sich nicht einfach auf den Lorbeeren ausruhen aufgrund dessen, was man bisher erreicht hat. Es fällt beispielsweise auch auf, dass die Antworten der zwei Institutionen gewisse Bereiche, die vielleicht auch noch relevant wären, gar nicht ansprechen. Zum Beispiel wird nichts gesagt zur Umgebungsgestaltung, die im Zusammenhang mit Biodiversität sehr wohl eine wichtige Funktion hat. Es wird auch nichts gesagt zu den Aktivierungsprogrammen, die in solchen Institutionen gepflegt werden. Im Saal zirkuliert ein Artikel über eine Altersinstitution in Rubigen, die auf diesem Gebiet Sachen macht.

Deshalb finden wir auch die leicht defensive Haltung der Antworten etwas schade. Man sagt: "Wir machen ja schon alles, was nötig ist, und sind gut unterwegs". Man hätte auch einen anderen Weg wählen können und sagen: "Wir sind offen, interessiert, gibt es Vorschläge? Wir wären bereit, ins Gespräch zu kommen, weiterzuschauen, weiterzudenken". Dies bedauern wir ein Stück weit. Hingegen sind wir natürlich erfreut, dass Alenia vorschlägt, ihren Geschäftsberichten in Zukunft einen eigenen Abschnitt zum Thema Nachhaltigkeit beizufügen. Ich freue mich bereits jetzt darauf, diesen zu lesen und bin gespannt, was dort zu erfahren sein wird.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur gemeinderätlichen Antwort: Mir fällt auf – oder es macht zumindest den Anschein –, dass die Gemeinde keine eigene Haltung zum Thema Nachhaltigkeit hat. Weder wird über eine Nachhaltigkeitsstrategie der Gemeinde referenziert, und offensichtlich gibt es auch keine Querverbindungen, sei es zum Energiestadt-Label oder zu sonstigen Richtplänen oder anderen Messgrößen, die für den Gemeinderat relevant sind. Dies finde ich persönlich relativ erstaunlich. Auch wenn ich es sehr begrüße, dass man parlamentarische Vorstösse möglichst schlank bearbeitet und beantwortet, frage ich mich doch, ob dies der Stellenwert von Nachhaltigkeit bei uns im Gemeinderat ist. Vielleicht kann ja bei Gelegenheit ein Gespräch darüber stattfinden.

Fraktionserklärungen

Laura Lehni (Grüne): Wir bedanken uns für die getroffenen Abklärungen und stimmen dem Antrag zu. Die Stellungnahme der Tochtergesellschaft Alterszentrum Alenia ist sehr ausführlich und es zeigt sich deutlich eine nachhaltige Betriebsstruktur. Auch die Siloah AG befasst sich mit dem Thema Nachhaltigkeit; schade, kam von den anderen Betrieben leider keine Antwort zurück. Doch kam es uns so vor, als wären Alenia und Siloah offen für weitere Inputs – die aber vom Gemeinderat kommen müssten – und für weitere Bemühungen im Bereich Nachhaltigkeit. Die Antwort des Gemeinderats kam für uns eher etwas knapp und reduziert herüber und es ist schade, dass die Gemeinde eine so gute und konstruktive Ausgangslage nicht nutzt, um auf den Zug aufzuspringen, Massnahmen zu ergreifen und selber als Gemeinde Inputs zu bringen. Wie der Titel des Postulats schon sagt, geht es ja nicht darum, was an Nachhaltigkeit vorhanden ist, sondern es geht darum, was noch mehr für Nachhaltigkeit in diesen Institutionen getan werden kann.

Aber wie gesagt stimmen wir dem Antrag trotzdem zu. Das Erlangen eines Zertifikats ist bei diesen Betrieben offenbar gar nicht notwendig, da sie von selbst eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für Nachhaltigkeit stets und auch aktiv einsetzen.

Eva Schmid (SP): Das Votum unserer Fraktion geht in eine sehr ähnliche Richtung, wie bei den beiden Vorrednerinnen. Wir finden es sehr positiv, was gemacht wird; Bemühungen sind da. Es ist sicher auch verdankenswert, dass dies alles aufgelistet und transparent gemacht worden ist. Ich finde die Antwort des Gemeinderats ehrlich gesagt etwas fantasielos. Wie Laura Lehni schon gesagt hat, stellt sich die Frage: "Kann man noch mehr machen? Welches ist das Potenzial?". Es war irgendwie kein Feuer zu spüren. Auf der anderen Seite haben wir auch Verständnis dafür, dass wenn die Institutionen schon bei verschiedenen Verbänden oder Organisationen dabei sind, wo sie zertifiziert werden – im Pflegebereich sind dies diverse –, sie nicht scharf darauf sind, bei noch mehr Labels mitzumachen, wo es wieder Auflagen zu erfüllen gilt. Wenn man hingegen die beiden erwähnten Homepages anschaut, so sieht man, dass es sich beispielsweise bei einer vor allem um Branchenverbände aus dem Gesundheitswesen handelt. Bei beiden gibt es wie ein "test-package"; man kann Checklisten etc. ausfüllen und es errechnet einem quasi, was man noch machen kann. So jedenfalls stelle ich mir das vor, ohne dass ich dies selber getestet habe. Diesbezüglich wäre vielleicht ein "approach" angebracht gewesen, dass man dies den Institutionen vorschlägt und sagt: "Schaut mal, es gibt etwas, das niederschwellig ist und euch auch noch interessante Möglichkeiten aufzeigen könnte". Die SP-Fraktion findet es schade, wenn man den Vorstoss abschreibt, wird sich aber nicht dagegen wehren.

Roland Lütolf (FDP): Erstmals herzlichen Dank an Gabriele Siegenthaler für das Postulat und speziell für die blumigen und vor allem wichtigen Worte für unsere Senioren, welche leider in den Heimen oft von aussen vergessen werden, obwohl sie unsere Gegenwart erschaffen haben. Als Heimarzt im Alterszentrum Viktoria und Hausarzt von Heimbewohnern in anderen Heimen, kenne ich dies leider zur Genüge. Ich bin aber begeistert, welchen Einsatz all die Heimbetreiber und Mitarbeiter für ihre Kunden respektive Bewohner leisten. Dies gilt nach meinem Kenntnisstand glücklicherweise auch ausnahmslos für die Heime in unserer Gemeinde. Natürlich gibt es bei so vielen involvierten Personen und Generationen überall Kritik oder Verbesserungsvorschläge und Möglichkeiten. Aber eine weitere Zertifizierung betreffend Nachhaltigkeit, wie im Postulat verlangt, ist definitiv nicht nötig. Dies vor allem, weil die schon zu knappen Ressourcen wie Zeit und Geld für die Bewohner dringend gebraucht werden. Dies ist leider die Realität, wie ich sie kenne. Nicht vergessen sollte man, dass die Nachhaltigkeit der Finanzierung seitens Staat und auch von privater Seite nicht dauerhaft gewährleistet ist. Zertifizierungen sind meiner Meinung nach oft des Teufels. Hier werden die genannten Ressourcen – vor allem Geld und Zeit – an Dritte verschwendet, welche oft Trittbrettfahrer sind und die Leistungserbringer unnötig bevormunden wollen und abkassieren. Dies alles zu Lasten der Senioren, Krankenkassen und Steuerzahler. Heim- und Pflegeplätze werden weiterhin immer und mehr benötigt. Dank den bisherigen gesetzlichen Leiplanken besteht glücklicherweise kein Wildwuchs und auch private Investoren werden nicht abgeschreckt. Dies wird auch in Zukunft weiter nötig sein, da der Staat den Bedarf an Heimplätzen in den nächsten Jahren nicht selber decken kann.

Das Postulat wurde durch Alenia und Siloah plausibel, ausführlich und in meinen Augen wie erwartet sehr erfreulich beantwortet. Von den weiteren Institutionen der Gemeinde erwarte ich eine ähnliche Antwort. Leider wurde diese bisher noch nicht geliefert. Ich denke, das forum oder der zuständige Gemeinderat können eine solche noch anfordern. Trotzdem wurde für mich das Postulat schon jetzt befriedigend beantwortet und abgehandelt. Ich freue mich aber auf weitere Vorstösse zum Wohl

unserer Senioren – nota bene den Erschaffern unserer Gegenwart –, egal von welcher Couleur und Richtung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Martin Häusermann noch von Gabriele Siegenthaler Muinde verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum betr. (noch) mehr Nachhaltigkeit in Alters- und Pflegeinstitutionen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

5. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Martin Häusermann: Die GGR-Mitglieder haben via Versand der Verwaltung eine Einladung des MüZe, Familien- und Weiterbildungszentrum, zu einem Informationsanlass und Besichtigung erhalten. Der Anlass findet statt am kommenden Donnerstag, 19. September 2019. Wer Lust hat, kann im zweiten Teil auch zu einem kulturellen Essen bleiben. Die Anmeldefrist läuft heute Abend ab, aber ich nehme an, man kann sich auch morgen Vormittag noch anmelden. Ich würde mich freuen, wenn einige der Ratsmitglieder von der Einladung Gebrauch machen, um dort auch Fragen zu stellen und einen Einblick ins MüZe zu erhalten, vor allem diejenigen, die das MüZe noch nicht so gut kennen. Das Geschäft wird, wie dem verteilten Blatt zu entnehmen ist, dem GGR im November vorgelegt.

6. Neue parlamentarische Vorstösse

Eva Schmid: Ich hatte einen Vorstoss vorbereitet, dieser ist aber leider in meiner Tasche zu Hause geblieben. Er ist durch uns bereits unterschrieben. Es handelt sich um ein Postulat Schmid / Kohler für einen besseren Baumschutz in der Gemeinde. Kann der Vorstoss der Gemeindeschreiberei überbracht werden?

Thomas Hanke: Art. 30 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats legt Folgendes fest: "*Motionen und Postulate sind schriftlich und unterzeichnet vor oder während der Sitzung dem Büro einzureichen*". Eva Schmid kann den Vorstoss also schon morgen vorbeibringen, er wird aber erst an der nächsten Sitzung registriert.

Eva Schmid: Ich werde das Postulat an der nächsten Sitzung einreichen.

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht worden.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Die nächste Sitzung findet am 22. Oktober 2019 statt und zum heutigen Apéro lädt die SP-Fraktion ein.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die 1. Vizepräsidentin: Die Protokollführerin:

Christa Grubwinkler

Anni Koch